76. Jahrgang. Nr. 136 — Montag, 21. März 1932

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 RM. einschließlich 84 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7maligem wöchentlichem Verlag. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Aretzsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Memel-Note in Kowno überreicht

Anmaßende Antwort Dr. Zaunius'

Kowno, 20. März. Wie die Litauische Telegraphenagentur meldet, haben die Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens am Sonnabendnachmittag einzeln der litauischen Regierung die angekündigten Verbalnoten überreicht.

In der Note wird darauf hingewiesen, daß die Bildung des Direktoriums Simmat, das das Vertrauen des memelländischen Landtags nicht erwarten könne, zu den von Dr. Zaunius in Genf am 20. Februar abgegebenen Versprechungen im Widerspruch stehe. Aus diesem Grunde würden die Unterzeichnermächte gezwungen sein, das für den Fall Böttcher vorgesehene schiedsgerichtliche Verfahren zu widerrufen und die ganze Memelfrage dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten. Ebenso würde die Auflösung des memelländischen Landtags zu dem Beschluß des Völkerbundsrates vom 20. Februar in Widerspruch stehen und die Unterzeichnermächte müßten dann die Frage aufrollen, ob

ein solcher Schritt der litauischen Regierung nicht eine Verletzung des Memelstatuts darstelle.

Der litauische Außenminister hat bei der Entgegennahme der Noten den litauischen Standpunkt präzisiert. Er erklärte, der Bildung des jetzigen Direktoriums seien Verhandlungen mit den Mehrheitsparteien vorangegangen und er müsse deshalb gegen die Behauptung, als ob die Bildung eines Direktoriums im Widerspruch zu seinen Erklärungen in Genf stehe, energischen Protest erheben. Er habe vielmehr in Genf bei der Behandlung der Memelfrage ausdrücklich auf die Möglichkeit der Auflösung des Landtags hingewiesen. Die litauische Regierung trage keine Schuld daran, wenn die Verhandlungen mit den Mehrheitsparteien zu keinem Erfolg geführt hätten. Bei den Besprechungen mit den Unterzeichnermächten in Genf habe die litauische Abordnung erklärt, daß sie einen Zusammenhang zwischen dem Fall Böttcher und den von den zuständigen Stellen der Zentralregierung ergriffenen weiteren Maßnahmen nicht anerkenne. Diese Erklärungen haben die Unterzeichnermächte zur Kenntnis genommen.

Wenn jetzt die Unterzeichnermächte einen solchen Zusammenhang feststellen wollen, so werde auch er, Dr. Zaunius, gezwungen sein, diejenigen Erklärungen zu widerrufen, denen zufolge für den Fall von neuen Landtagswahlen der Kriegszustand im Memelgebiet abgeschafft werden würde.

Er verstehe nicht, wie eine auf Grund des Memelstatuts veranlaßte Neuwahl des memelländischen Landtags als eine Verletzung der Memelkonvention hingestellt werden könnte.

Dr. Zaunius wies ferner darauf hin, daß der Inhalt der jetzt überreichten Note in unrichtiger und tendenziöser Weise von dem amtlichen deutschen Nachrichtenbüro bereits früher bekanntgegeben sei, was ihn unangenehm berührt habe.

Das Haager Gericht soll entscheiden

Kowno, 20. März. Nach dem Schritt der Unterzeichnermächte hielt das litauische Ministerkabinett eine außerordentliche Beratung ab, zu der auch der Vorsitzende des Staatsrates und die Rechtsberater der Regierung hinzugezogen waren. **Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wurde der Beschluß gefaßt, sich dem Wunsche der Unterzeichnermächte, die Memelangelegenheit dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten, nicht zu widersetzen, da die weitere Entwicklung im Memelgebiet sich nach der Absetzung Böttchers zwangsläufig ergebe.** Man steht auf dem Standpunkte, daß die Souveränität Litauens über das Memelgebiet in der Frage der Bildung des Direktoriums ein für allemal klargestellt werden müsse, um weiteren Zwischenfällen ähnlicher Art vorzubeugen.

In hiesigen politischen Kreisen zweifelt man nicht daran, daß dem memelländischen Direktorium vom Landtag das Mißtrauen ausgesprochen und daß als weitere Folge der Landtag aufgelöst wird.

„Graf Zeppelin" startet nach Brasilien

Friedrichshafen, 21. März. Bei recht günstiger Wetterlage und Vollmond startete das Luftschiff „Graf Zeppelin" um 0,34 Uhr zu seiner ersten diesjährigen Brasilienfahrt mit neun Passagieren an Bord. Dr. Eckener ist als Kommandant an Bord.

8500 Meter Höhe erreicht

Der Ballon „Ernst Brandenburg" in der Tschechei gelandet

Bitterfeld, 20. März. Der in Bitterfeld zum Flug in die Substratosphäre gestartete Ballon „Ernst Brandenburg" mit dem Führer Schütze und dem Berliner Meteorologen Suckdorff ist am Sonnabendnachmittag gegen 4 Uhr in Feldberg (Tschechoslowakei), dicht an der niederösterreichischen Grenze, glatt gelandet. Der Ballon hat eine Höhe von 8500 Meter erreicht und die erwarteten wissenschaftlichen Ergebnisse gebracht.

Brünings zweite Wahlkampfreise

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. März. Der Reichskanzler wird, wie bereits gemeldet, am Montagabend Berlin verlassen, um zusammen mit dem Reichsinnenminister Groener am Dienstag an der großen Goethefeier in Weimar teilzunehmen. Von dort fährt Brüning nach Bayern weiter, wo er einen zehntägigen Osterurlaub verbringen will. Im Anschluß daran macht er eine Vortragsreise für den zweiten Reichspräsidentschaftswahlgang, die ihn nach Württemberg, Baden, Mitteldeutschland, Pommern und Ostpreußen führen wird.

Vierprozentiges Bier in Amerika?

Washington, 20. März. Der Unterausschuß des amerikanischen Senats hat die Vorlage über die Genehmigung der Herstellung und des Ausschankes von vierprozentigem Bier angenommen. In der Begründung wird ausgeführt, daß dieses Gesetz die Steuereinnahmen erhöhen und der Landwirtschaft sowie dem Geschäftsleben Hilfe bringen würde.

Die Schanghaier Verhandlungen

Schanghai, 20. März. Zwischen den chinesischen und japanischen Delegierten fand gestern nachmittag eine neue Besprechung im Beisein der diplomatischen Vertreter Frankreichs, Englands, Amerikas und Italiens statt, die einen günstigen Ausgang erwarten lassen soll.

•

Schanghai, 20. März. Der chinesische Innenminister General Feng hat der Nankingregierung am Sonnabend sein Rücktrittsgesuch übergeben. Das Gesuch wurde genehmigt. Der Grund des Rücktritts liegt in schweren Meinungsverschiedenheiten mit Marschall Tschiangkaischek.

Die Wahrheit über die Reparationen

Aufsehenerregende Memoiren Lloyd Georges

London, 20. März. In seinem neuen Buch „Die Wahrheit über die Reparationen und Kriegsschulden" erklärt Lloyd George, der bekanntlich einer der Väter des Versailler Vertrages ist, daß die

völlige Streichung der Reparationen nicht im Widerspruch zum Versailler Vertrag

stehen würde. Die entsprechenden Klauseln des Vertrages ließen ausdrücklich die Möglichkeit einer Herabsetzung beziehungsweise Streichung der Reparationen bei Uebereinstimmung der betroffenen Regierungen offen. Die Reparationen und Kriegsschulden sowie die falsche Verteilung des Goldes und die hohen Zollmauern seien die Hauptursachen der gegenwärtigen Weltkrise. Lloyd George schildert unter anderem auch seine Rolle bei den Reparationsverhandlungen in den Jahren 1919 bis 1921. Er betont, daß er die Schwierigkeiten, die sich der Leistung der damals festgesetzten Reparationszahlungen entgegensetzten, vorausgesehen habe, daß jedoch der Druck der öffentlichen Meinung seinerzeit keinen anderen Weg offen gelassen habe.

Lloyd George beziffert den Gesamtbetrag der bis zum Inkrafttreten des Hoovermoratoriums gezahlten Reparationen auf 1010 Millionen Pfund Sterling, wobei er die Besatzungskosten und den Wert der abgetretenen Besitzungen mit einrechnet. Er kommt zu dem Schluß, daß Deutschland nicht mehr bezahlen könne.

Den einzigen Ausweg sieht Lloyd George in einer Aenderung der Haltung der Vereinigten Staaten. Er richtet in diesem Zusammenhang scharfe Angriffe gegen Amerika, das selbst bei einer Streichung der Kriegsschulden noch nicht annähernd so große Verluste durch den Krieg aufzuweisen haben würde, wie etwa Frankreich und England. Wenn Amerika an seiner gegenwärtigen Politik festhalte und sich einer Herabsetzung der Kriegsschulden widersetze, so werde es allmählich seine Wirtschaft vollkommen zugrunde richten, indem es sich selbst seiner besten Kunden, nämlich der europäischen Staaten, beraube. Amerika halte die Schlüsselstellung zu seiner eigenen und zur Wohlfahrt der ganzen Welt. Lloyd George empfiehlt, um Amerika entgegenzukommen, eine

beträchtliche Herabsetzung der Rüstungen.

„Eine große Gelegenheit", so schreibt Lloyd George, „erwartet die Welt in Lausanne. Wollen die Staatsmänner sie ergreifen, oder wollen sie fortfahren zu faseln?" Das Buch enthält eine Reihe interessanter, bisher unveröffentlichter Briefe von Staatsmännern, die mit der Reparations- und Kriegsschuldenfrage zu tun gehabt haben. Lloyd George greift unter anderem Poincaré aufs schärfste an. Er nennt ihn den unfranzösischsten aller Franzosen. Poincarés Ansicht von Deutschland sei die eines Heilsarmeehäuptlings vom Teufel gewesen.

Irland organisiert den Freiheits-Kampf

Dublin, 20. März. Der neue Präsident des irischen Freistaates, de Valera, hat das von seinem Vorgänger, dem englandfreundlichen Cosgrave, eingeführte Gesetz zur Sicherheit des Staates aufgehoben. Die Militärgerichtsbarkeit, die selbst die Todesstrafe wieder verhängen konnte, ist außer Kraft gesetzt. Alle freiheitlichen Organisationen, die, wie die berühmte „Irische Republikanische Armee", eine völlige Unabhängigkeit Irlands von England erstreben, sind wieder erlaubt worden. Unter der Regierung de Valera scheint Irland in ein entscheidendes Stadium auf dem Wege zur Freiheit zu treten.

Die Parolen der nationalen Opposition

Hugenbergs Aufruf

Berlin, 20. März. Die Deutschnationale Volkspartei teilt folgendes mit: „Unser Vorschlag, zugleich mit den großen Länderwahlen eine Neuwahl des Reichstages vorzunehmen, und im Zusammenhang mit dieser Vereinigung der innerpolitischen Unklarheiten den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl wegfallen zu lassen, ist von der Regierung und ihren Parteien aus Furcht vor der zu erwartenden Niederlage nicht aufgenommen worden. Neue Aufgaben und neue Kämpfe liegen vor uns.

Wir danken dem Kandidaten des Schwarzweißroten Kampfblocks, Oberstleutnant Duesterberg, für seine rastlose, vom Pflichtgedanken getragene Arbeit. Wir danken allen, die sich für unsere Parole eingesetzt und damit ihrem Willen zum Kampfe gegen die Politik eines verderblichen Systems schärfsten Ausdruck verliehen haben.

Dieser Kampf geht in der Preußenwahl einer wichtigen Entscheidung entgegen.

Ein Rückblick auf die Reichspräsidentenwahl nötigt zu folgenden Feststellungen: Sammlung der nationalen Front zum Kampfe gegen die schwarz-rote Parteiherrschaft war stets unser Ziel. Dem gab die Tagung von Harzburg den sichtbarsten Ausdruck. Allen Hemmungen und Widerständen zum Trotz bleibt diese Zielsetzung unverändert. Die Sehnsucht von Millionen Deutschen, die am 13. März ihre Stimme gaben, war die Einheitskandidatur der nationalen Front.

Eine ausgesprochene Parteikandidatur konnte dieser Sehnsucht nicht genügen.

Viele sahen in ihr die Gefahr schwerer Erschütterungen.

Da sie den nationalen Einheitskandidaten nicht sahen, wählten Millionen, die mit uns das herrschende System ablehnen, den greisen Feldmarschall. Eine aus öffentlichen Mitteln gespeiste, durch Druck von Staat und Polizei geförderte Propaganda machte sich diese Stimmung zunutze. Trotzdem war der 13. März kein Sieg des Systems, sondern ein Beweis, daß dem nationalen Gedanken die Zukunft gehört. Denn der 13. März hat der Welt gezeigt, daß die Parteien und Kräfte, die das Kaisertum unterwühlt und gestürzt haben, in ihren eigenen Reihen keinen Mann mehr besitzen, den sie dem deutschen Volke als Führer zu bieten wagen. Sie haben sich und ihr Ziel hinter dem Namen des kaiserlichen Generalfeldmarschalls verstecken müssen. Niemals hätte ein Mann des Systems so viel deutsche Stimmen auf sich vereinigt, wie der alte in der Monarchie wurzelnde Soldat.

Unsere Gründe gegen die Wahl Hindenburgs bestehen fort. Solange keine entscheidende Kursänderung in Reich und Preußen erfolgt ist, stehen wir gegen ihn. Seine Wahl aber ist durch die Zahlen des ersten Wahlganges bereits entschieden.

Die inzwischen eingeleitete verschärfte Knebelung der nationalen Opposition läßt erkennen, daß auch im zweiten Wahlgange die staatlichen Machtmittel zugunsten der Systemparteien mißbraucht werden sollen. Die Antwort auf all diese Willkür wird die Preußenwahl geben. Ein neuer Einsatz unserer Kräfte zum zweiten Wahlgange der Reichspräsidentenwahl wäre eine zwecklose, nur den Gegnern erwünschte Schwächung unserer Stoßkraft. Wir sind gegenüber der von uns vertretenen Sache verpflichtet, sie vor der Belastung mit dem Rückschlage zu schützen, den ein aussichtsloser Versuch bringt. Die Lage Deutschlands ist zu ernst, um Gefühls- und Parteipolitik zu treiben. Wir beteiligen uns an